

AGV warnt vor Denkverboten in der deutschen Universitätslandschaft

Bonn - Der Meinungspluralismus - insbesondere im akademischen Umfeld - ist ein Gut, dessen Erhalt für eine demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Daher beobachtet die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände (AGV) mit Sorge, dass kontroverse - vom vermeintlich moralisch richtigen Standpunkt abweichende - Positionen, zunehmend durch erheblichen öffentlichen Druck diskreditiert und mit Drohkulissen und Blockaden vom Diskurs ausgeschlossen werden.

In diesem Jahr zeigten sich an renommierten Hochschulen im In- und Ausland mehrere Beispiele für diese Fehlentwicklung: Die Frankfurter Ethnologie-Professorin Susanne Schröter war im Vorfeld einer von ihr initiierten Konferenz mit dem Titel „Das islamische Kopftuch - Symbol der Würde oder der Unterdrückung“, bei welcher wohlgerneht das Podium mit Fürsprechern beider Positionen besetzt war, dem Vorwurf des antimuslimischen Rassismus ausgesetzt. An der Exzellenz-Universität Bonn konnte der Vortrag eines Bonner Jurastudenten über die „Demo für Alle“ - organisiert und angemeldet durch eine bei dem AStA akkreditierten Studentengruppe - wegen massiver Störaktionen nicht stattfinden. Dies macht deutlich: Wer kontroverse Positionen bezieht, sieht sich zunehmend nicht nur im gesellschaftlichen, sondern gegebenenfalls auch beruflichen Abseits. Dies scheint bei nicht wenigen Menschen zu einer sich ausweitenden Selbstzensur, der oft zitierten „Scheren im Kopf“, zu führen.

Durch die sozialen Medien befördert, häufen sich polemische Empörungswellen im Netz, die ungeahnte Reichweiten, und zumeist auch Anonymität versprechen. Dem akademischen Diskurs, dem Austausch von sachlichen Argumenten von Angesicht zu Angesicht, wird dabei jedoch oftmals ausgewichen. Dabei ist dieser Diskurs von immenser Bedeutung für unsere pluralistische Demokratie, dient er doch auch als Prozess, um nicht tragfähige Meinungen argumentativ zu entwaffnen und einen möglichst ausgewogenen und allgemein tragfähigen Konsens zu finden. Demokratie ist ein Wettstreit der Argumente, in dem deren inhaltliche Tiefe, nicht Empörung, mit der diese vorgetragen werden, entscheiden sollte.

Die AGV appelliert daher an die Universitätsleitungen und im weiteren Sinne auch an die Kultusministerien:

Es müssen Grundlagen erhalten werden, damit im universitären Umfeld jede sachlich geäußerte Meinung, die auf dem Fuße des Grundgesetzes steht, auch gehört werden kann. Dies ist zwingende Voraussetzung für eine tiefergehende inhaltliche Auseinandersetzung. Der Diskurs an unseren Hochschulen verlangt nach einem sachlichen Wettstreit der Argumente. Insbesondere Dozenten müssen davor geschützt sein, *personae non gratae* zu werden, wenn sie dem zeitgeistigen Mainstream widersprechende Positionen beziehen.